

ISOR aktuell

Nummer 8/2006 ★ 14. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ August 2006

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

ISOR:

Die Vertreterversammlung der über 24.000 ISOR-Mitglieder hat dem Vorstand den Auftrag erteilt, die vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingeräumte Möglichkeit „...sofern neue rechtserhebliche Tatsachen gegen die tragenden Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts vorliegen, die eine andere Entscheidung rechtfertigen können ... eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorschrift des § 7, Abs 1 AAÜG zuzulassen, ...“ umfassend zu nutzen. Wie könnte Ihrer Meinung nach die GBM, auch als Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums, die politischen und juristischen Aktivitäten von ISOR unterstützen?

Prof. Dr. Richter:

Die von mir bereits erwähnte schwerpunkt-mäßige Beschäftigung mit dem Rentenstrafrecht und den Versorgungsgerechtigkeiten in unserer Arbeit als GBM schloss die aktive Solidarität mit allen davon Betroffenen, darunter vielen ISOR-Mitgliedern, ein. Die zahlreichen Aktivitäten von ISOR und dem OKV werden von der GBM nachhaltig unterstützt. Wir sind grundsätzlich gegen jede Form politischer, sozialer und beruflicher Ausgrenzung ehemaliger DDR-Bürger und für die Wiederherstellung der traditionellen Wertneutralität im deutschen Rentenrecht.

ISOR:

Das sogenannte Reformprogramm der gegenwärtigen großen Regierungskoalition sieht auch bedeutsame Einschränkungen in der Altersversorgung vor. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Prof. Dr. Richter:

Mit der Ankündigung einer weiteren, nunmehr dritten Aussetzung der Rentenanpassung 2006 sinkt der Realwert der Rente erneut. Mit den Steigerungen der Tarife für Wasser, Strom und Gas sowie Nahverkehr und der für 2007 eintretenden Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie den Inflationsraten wird im kommenden Jahr eine weitere Reduzierung des Realwertes der Renten um mindestens 5 Prozent eintreten. Da im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung vorgesehen ist, dass bis 2009 keine Rentendynamisierung erfolgen wird, und selbst danach mit einem „Nachholfaktor“ eine weitere Rentenkürzung insbesondere für Neurentner erfolgen soll, bedarf es dringend der Beratung mit den anderen Sozialverbänden, darunter auch mit ISOR, um zu gemeinsamen Maßnahmen auch gegen den noch immer geringeren Rentenwert Ost zu kommen.

ISOR:

Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Richter, für die solidarischen und orientierenden Einschätzungen.

Fragen stellte

Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher der ISOR e. V.

Chancen für einen Politikwechsel nutzen

Interview mit Prof. Dr. Wolfgang Richter, Vorsitzender der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

ISOR:

Herr Prof. Dr. Richter, die GBM beging kürzlich – wie ISOR auch – den 15. Jahrestag ihrer Gründung. In einem Referat vor der GBM-Delegiertenkonferenz haben Sie zu grundsätzlichen Aufgaben und Arbeitsergebnissen Stellung genommen. Ihre Monatszeitung „akzente“ 6-7/2006 informierte darüber unter der o. g. Überschrift. In Ihren Ausführungen widmeten Sie dem Kampf um die Erhaltung des Friedens und dem Widerstand gegen den massiven Sozialabbau in Deutschland, dem sich sowohl die GBM als auch ISOR als mitgliederstarke Verbände innerhalb des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) besonders verpflichtet fühlen, hervorgehobene Bedeutung. Darin eingeschlossen sind auch die nach wie vor existierenden politischen, sozialen und beruflichen Ausgrenzungen größerer Gruppen ehemaliger DDR-Bürger, 16 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD. Sie haben auch auf ihr jahrelanges Eintreten für ein Antidiskriminierungsgesetz hingewiesen, das ausdrücklich auch die Diskriminierung Ostdeutscher ausschließt. In Ihrem Referat heißt es wörtlich: „Auch in der heute ablaufenden Wahlperiode bildete der Kampf gegen Rentenstrafrecht und anderen Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der in der DDR erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit.“ Herr Prof. Dr. Richter, wie würden Sie den aktuellen Stand der Ergebnisse dieses gemeinsamen Kampfes einschätzen?

Prof. Dr. Richter:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 über die Aufhebung des Rentenstrafrechts für etwa 10.000 Teilnehmer von Zusatzversorgungssystemen der DDR sowie für Angehörige der Armee und Polizei, die nach dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz vom August 2001 wegen der Erreichung der Gehaltsgruppe E 3 weiter unter die Rentenbegrenzung fielen, war zweifellos ein großer Erfolg unseres gemeinsamen Kampfes. Unsere Freude ist

jedoch dadurch gemindert, dass etwa 1 000 hohe Partei- und Regierungsfunktionäre in grober Missachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts weiter im Rentenstrafrecht festgehalten oder sogar neu einbezogen werden.

ISOR:

Herr Prof. Dr. Richter, Sie wissen, dass ISOR vornehmlich die Interessen ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR vertritt, darunter auch ehemalige Angehörige des MfS, die alle nach wie vor vom Rentenstrafrecht betroffen sind. Wie beurteilen Sie diese Situation?

Prof. Dr. Richter:

Leider hat das Verfassungsgericht am 22. Juni 2004 das Rentenstrafrecht für die ehemaligen Angehörigen des MfS nicht beseitigt, sondern eine entsprechende Verfassungsbeschwerde nicht zur Behandlung angenommen. Damit muss der Rechtsweg zur Beseitigung des Rentenstrafrechts neu beschritten werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat bekanntlich die Begrenzung der Rentenberechnung auf die Beitragsbemessungsgrenze schon mit der sogenannten Systementscheidung vom 28. April 1999 als mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt, und auch das Europäische Menschenrechtsgericht in Straßburg hat unsere Beschwerden gegen die Liquidierung dieser durch Beiträge oder Arbeitsleistungen in der DDR erworbenen Ansprüche ohne Verhandlung zurückgewiesen. Das widerspricht allen völkerrechtlichen Gepflogenheiten bei Staatenfusionen, siehe auch das Saarland. Der Realismus gebietet zuzustehen, dass es nunmehr keine juristische Instanz mehr gibt, die nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Menschenrechtsgerichtshofes erfolgreich angerufen werden kann. Natürlich werden wir diese historisch nachhaltig wirkende Benachteiligung, Enteignung und Ungleichbehandlung niemals billigen. Bei jeder Einschätzung und Darstellung des Vereinigungsprozesses werden wir auch auf die Enteignung rechtmäßig erworbener Rentenansprüche hinweisen.

Dies umso mehr, als von offizieller Seite wie auch selbst bei wohlmeinenden Alt-Bundesbürgern die Auffassung vorherrscht, dass die Bürger in den neuen Bundesländern durch die Vereinigung nur gewonnen hätten.

Der Vorstand teilt mit:

Dienstbeschädigungsausgleich für MfS-Angehörige

Das Gesetz über den Dienstbeschädigungsausgleich ist nun auch für die dienstbeschädigten ehemaligen Angehörigen des MfS in Kraft getreten. Wie bereits bekannt, ist es in letzter Stunde noch mit einer Klausel (§ 1a DBAG) versehen worden, nach der der Dienstbeschädigungsausgleich gekürzt oder aberkannt werden kann, wenn die Dienstbeschädigung im inneren Zusammenhang mit einem Verstoß gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit gestanden hat. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass dies nach den jetzt geltenden Maßstäben beurteilt wird und nicht nach denen, die in der DDR gegolten haben. Jedenfalls ordnet das Gesetz an, besonders intensiv bei ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS zu prüfen, ob ein solcher Verstoß vorgelegen hat. Unter diesen Umständen hat sich das Bundesverwaltungsamt mit Schreiben vom 19. Juli 2006 an die ehemaligen Angehörigen des MfS gewandt, die die Zahlung von Dienstbeschädigungsausgleich beantragt haben. Es teilt mit, dass es Anfragen an die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Birthler-Behörde) richtet, ob im Einzelfall Verstöße gegen die genannten Grundsätze vorliegen. Erfahrungsgemäß wird bis zur Antwort gewisse Zeit verstreichen. Um trotzdem möglichst schnell Bescheide über den Dienstbeschädigungsausgleich erteilen zu können, gibt das Bundesver-

waltungsamt Gelegenheit, selbst eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Davon kann man Gebrauch machen, um möglichst schnell die Zahlung von Dienstbeschädigungsausgleich zu erhalten. Allerdings kann man nach dem Gesetzestext nicht voraussehen, wer dem Vorwurf, gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen zu haben, ausgesetzt sein wird. Deshalb hat die angekündigte Vorbehaltsklausel, gegebenenfalls einen bereits erteilten Bescheid mit Wirkung für die Vergangenheit wieder zurückzunehmen, großes Gewicht. Dies bedeutet nämlich auch, dass der bis dahin bereits gezahlte Dienstbeschädigungsausgleich bei Kürzung entsprechend teilweise und bei Entzug sogar vollständig wieder zurückgefordert wird. Wegen des Vorbehalts wäre dies auch unvermeidbar, wenn die dann gegen den Vorwurf des Verstoßes gegen die genannten Grundsätze zu führende gerichtliche Auseinandersetzung erfolglos bliebe.

Diese durch die Rachegelüste gewisser Kreise ausgelöste Situation bedeutet eine neue große Belastung, von der vor allem Menschen im hohen Alter betroffen sind. Es wird dazu so manche Frage geben und mancher Rat nötig werden, wie man sich verhalten soll. Dazu empfehlen wir die Rücksprache bei der Arbeitsgruppe Recht oder beim TIG-Vorstand.



Am 18. Juli 2006 berieten die TIG-Vorsitzenden von Berlin gemeinsam mit Vorstandsmitgliedern

über die aktuelle Situation und die Aufgaben im politischen Kampf von ISOR um mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Benachteiligung ehemaliger DDR-Bürger.



Unter der Überschrift „Vor 60 Jahren Demokratie in Aktion: In Sachsen und Hessen Mehrheiten für Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“ wurde eine Stellungnahme des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden verabschiedet.

(Der Wortlaut der Stellungnahme ist nachzulesen unter www.okv-ev.de Abschnitt „Dokumente“)

Zugang zu amtlichen Informationen

Mit Schreiben vom 17. Juli 2006 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, dass dem Antrag von ISOR e.V. auf Information über Ausgangsdaten der Erstellung der Anlage 14 SGB VI in vollem Umfang stattgegeben wurde.

Der Vorstand hat den Bescheid mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und bedankt sich nochmals bei der Mitgliedschaft für die breite Unterstützung dieses Anliegens durch über 23.000 Unterschriften unter den Sammelauftrag auf Herausgabe der Daten.



Aus unseren TIG



Aus Anlass des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. haben die TIG **Potsdam-Stern** und **Potsdam-Drewitz** am 21.06.2006 eine gemeinsame Busfahrt veranstaltet, an der 50 Mitglieder und Ehepartner teilnahmen.

Die Fahrt ging durch einige Stadtteile von Potsdam und die nähere Umgebung, der Reiseleiter Thomas Hoffmann zeigte und erklärte historische Entwicklungen, Begebenheiten und Veränderungen sowie neu Entstandenes nach 1990. Er verstand es auf ganz besondere Art und Weise, bereits vorhandenes Wissen aufzufrischen und neue Erkenntnisse zu vermitteln. So wurden uns auch Gebiete und Landstriche gezeigt, die man als Tourist kaum aufsucht, die aber auch ihren besonderen Reiz haben. Dabei erfolgte auch die Auseinandersetzung mit Verfälschungen und Entstellungen durch die Medien und Reiseprospekte nach 1990, die mit der historischen Entwicklung nicht übereinstimmen.

Während der Fahrt wurde am Park von Sanssouci eine Rast eingelegt, um den Anlass der Veran-

staltung zu würdigen. Die Festrede zum 15. Jahrestag wurde von Prof. Dr. Willi Opitz gehalten. Im Mittelpunkt stand dabei die Entschließung der Vertreterversammlung vom 12.11.2005, die Entwicklung und der gegenwärtige Stand unserer beiden TIG, die Anerkennung der Ergebnisse und Leistungen unserer Mitglieder sowie die weiteren Aufgaben zur Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Im Anschluss erfolgte die Auszeichnung mit den Ehrenurkunden an Mitglieder und Funktionäre für ihre aktive Arbeit. Alle Teilnehmer brachten übereinstimmend zum Ausdruck, dass diese Veranstaltung ein voller Erfolg war und der Bedeutung und Zielstellung gerecht wurde. Positiv wurden auch die persönlichen Gespräche als Ausdruck der Verbundenheit und Solidarität für den gemeinsamen weiteren Kampf gewertet.

Ruth Sprenger für die TIG Pdm.-Stern
Emil Suske für die TIG Pdm.-Drewitz



Gemeinsam mit Wismarer Friedensbewegten, der Linkspartei.PDS, Attac-Mitgliedern und Antifaschistischen machten sich auch einige ISOR-Mitglieder der TIG **Wismar** am 13.06.2006 per Zug auf den Weg nach Stralsund, um an der Kundgebung und Demo gegen den Bush-Besuch teilzunehmen. Gut bewacht von einem gewaltigen Aufgebot martialisch ausgestatteter Sicherheitskräfte protestierten sie zusammen mit einer kaum überschaubaren Anzahl unterschiedlicher Gruppen, Verbände und Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet unter dem Motto "Not welcome, Mr. President! – Bush und Merkel: Kriege stoppen" gegen Unterdrückung, Krieg und Folter.

Wenige Tage nach dem Ereignis kann dieser Protest als erfolgreich eingeschätzt werden. Der Kriegspräsident und seine Helferin konnten sich nur unter größten Sicherheitsvorkehrungen und um den Preis der Aushebelung von Grundrechten einer ausgesuchten Gruppe von fähnchenschwenkenden Pflichtjubiläen in der Öffentlichkeit zeigen. Unsere Mitglieder trugen so dazu bei, dass der Welt aus Stralsund die Botschaft vermittelt wurde: Die Politik des amerikanischen Präsidenten findet in der deutschen Bevölkerung keine Unterstützung.

Lutz Tannhäuser

Bei anderen gelesen:

Warnungen des 5. Altenberichts

Zur Stellungnahme der Bundesregierung zum 5. Altenbericht erklärte der rentenpolitische Sprecher der Linkspartei im Bundestag **Volker Schneider** am 5. Juli:

Trotz deutlicher Warnung und zum Teil harscher Kritik durch die Expertenkommission will die Bundesregierung auch weiterhin an ihren Plänen zur Rente mit 67 festhalten.

Die Linkspartei hatte die Bundesregierung aufgefordert, nun endlich den Bericht vorzulegen, den sie seit fast einem Jahr unter Verschluss hält. Die Kommission befürchtet, dass in Zukunft zunehmende Altersarmut, soziale Ungleichheit zwischen Älteren sowie der Legitimationsverlust der gesetzlichen Rentenversicherung drohen. Wir schließen uns deshalb der Forderung an, dass die gesetzliche Rentenversicherung auch weiterhin ein Leistungsniveau garantieren muss, dass deutlich über der steuerfinanzierten, bedarfsgereichten Mindestsicherung liegt. Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnt die Kommission vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktlage und sinkendem Rentenniveau strikt ab. Zugleich erteilt sie einer partiellen Ersetzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Altersvorsorge eine Absage.

(Aus: Pressedienst der Linkspartei. PDS Nr. 28/06)



Der Leiter der Koordinierungsgruppe der **Seniorenverbände Erfurt**, Dieter Bauer, übersandte ISOR e. V. die Ergebnisse zweier Studien zum Problemkreis Lebensverhältnisse und Alterseinkommen und zum Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

Hier einige Auszüge aus:

Lebensverhältnisse und Arbeitseinkommen

... Aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen im Osten Nachkriegsdeutschlands (Re-

parationsleistungen an die SU, verlorener Zugang zu Rohstoffen, fehlende Grundstoffindustrie) bestand von Anfang an ein Nachteil gegenüber dem Westen Deutschlands.

Die Versorgung der Bevölkerung wurde durch ein komplexes System gesichert. Dazu gehörten neben den sozialen und kulturellen Leistungen der Betriebe (Kultur- und Sozialfond) z. B. für Urlaubsplätze, Kinderferienbetreuung, Pausenversorgung, Kulturveranstaltungen usw. vor allem staatliche Versorgungsleistungen in Form von Subventionen für die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens. Zu den wichtigsten subventionierten Grundbedürfnissen zählten das Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Grundnahrungsmittel, tägliche Kleidung, kostenlose Bildung, Kultureinrichtungen, Absicherung im Falle von Krankheit, Unfall/Invalidität und im Alter für insgesamt einen Versicherungsbeitrag von 10% des Einkommens bis 600 M usw. Das alles war die real existierende „zweite Lohntüte“, an der jeder Bürger teilhatte.

> Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 94. Geburtstag:

Erich Reinbold, Bln.-Li'berg

zum 93. Geburtstag:

Else Wiczorek, Bln.-Weißensee

zum 92. Geburtstag:

Werner Kruschwitz, Pirna
Gerhard Schuffenhauer, Schwarzenberg

Elli Weidauer, Eggersdorf

zum 91. Geburtstag:

Walter Regel, Bln.-Hellersdorf

zum 90. Geburtstag:

Ernst Möbius, Zeitz

zum 89. Geburtstag:

Gerda Leben, Bln.-Mitte

Horst Schulz, Stralsund

zum 88. Geburtstag:

Wilhelm Ehm, Rostock

Elsa Fahr, Leipzig

Therese Schiewek, Bln.-Weißensee

Walter Wolf, Werdau

zum 87. Geburtstag:

Max Hadam, Erkner

Marianne Lassig, Leipzig

Rudolf Lindenhahn, Leipzig

zum 86. Geburtstag:

Werner Gärtner, Bln.-Köpenick

Kurt Grabowski, Rostock

Kurt Harnisch, Bln.-Prenzl.Berg

Ruth Lindner, Plauen

Hermann Michael, Chemnitz

Erich Richter, Lindenber

Heinz Rudolph, Bln.-Li'berg

Gertrud Schwarz, Bln.-Fr'felde

zum 85. Geburtstag:

Gerhard Berthold, Pirna-Copitz

Kurt Blumenberg, Pdm.-Stern

Hans-Erich Flick, Rostock

Else Herber, Wolgast

H.-Joachim Prehn, Cottbus

Werner Schäfer, Bln.-Li'berg

Emil Schwerdtfeger, Leipzig

Annemarie Worm, Bln.-Li'berg

zum 80. Geburtstag:

Ingetraud Albrecht, Schönebeck

Ruth Arnold, Bln.-Hhsn.

Emil Fiedler, Neubrandenburg

Ilse Freude, Neubrandenburg

Edith Frey, Bln.-Marzahn

Horst Hengst, Schlöbchen

Lisa Herrmann, Strausberg

Elfriede Hopfmann, Bln.-Fr'felde

Günther Knieling, Bln.-Pankow

Karl Köhler, Bln.-Weißensee

Heinz-Günter Körnich, Pdm.-Stern

Helmut Konzack, Bln.-Hhsn.

Heinrich Lellek, Dresden

Elfriede Mielke, Bln.-Li'berg

Heinz Pohlmann, Schwedt

Walter Rahn, Bln.-Marzahn

Hildegard Schott, Schwarzenberg

Marie-Luise Schröder, Bln.-Fr'felde

Gerhard Schwalbe, Bernau

Ernst Stoy, Pdm.-Babelsberg

Karl Wald, Halle

Wolfgang Wehner, Velten

Helga Zimmer, Magdeburg

zum 75. Geburtstag:

Horst Albrecht, Waren

Horst Baberowski, Bln.-Marzahn

Gerhard Becker, Stralsund

Wolfgang Behrens, Pdm.-West

Ewald Benthien, Strausberg

Herbert Bieneck, Suhl

Horst Bilda, Bln.-Treptow

Elfriede Bormann, Bln.-Hhsn.

Alfred Donath, Prenzlau

Artur Dumaschefske, Templin

Ruth Fischer, Bln.-Hhsn.

Günter Freyer, Hohen Neuendorf

Eva Friedrich, Schönebeck

Joachim Gärtner, Leipzig

Helmut Göllnitz, Schwarzenberg

Erich Grambow, Sassen

Edith Greif, Friedrichsthal

Hanna Greiner-Perth, Bln.-Köpenick

Gottfried Hanitsch, Königstein

Siegfried Hartmann, Gera

Herbert Henning, Rostock

Paul Herberg, Meißen

Rolf Hoffmann, Bln.-Hhsn.

Erhard Hühn, Gera

Werner Jabin, Bln.-Weißensee

Günter Jähnel, Bln.-Li'berg

Wolfgang Jagotzki, Oelsnitz

Ewald Jähnen, Bln.-Weißensee

Max Kapke, Schwarzenberg

Rolf Karing, Chemnitz

Horst Kauer, Zittau

Johannes Kirsten, Schönebeck

Ruth Kohl, Cottbus

Irma Kowalczyk, Neubrandenburg

Clemens Kowatzki, Cottbus

Heinz Krause, Bln.-Köpenick

Werner Kretschmar, Dahlem

Horst Külß, Rostock

Roselotte Lath, Chemnitz

Wolfram Laux, Bln.-Fr'felde

Heinz Loos, Hermannsdorf/Annaberg

Harry Meyer, Bln.-Treptow

Harry Möhwald, Klötze

Harald Möller, Wolgast

Willi Münchow, Belzig

Joachim Nickel, Bln.-Marzahn

Wolfgang Nindel, Leipzig

Horst Ohme, Losenstein

Henry Poitz, Reichenbach

Herbert Rehork, Bad Schmiedeberg

Leonhart Renke, Cottbus

Gerda Richter, Bln.-Fr'felde

Ruth Richter, Cottbus

Günter Saalborn, Schöneiche

Gertraud Scharfschwerdt,

Dannenreich

Hans Scheike, Oelsnitz-Tirpersdorf

Helmut Schlüter, Magdeburg

Bruno Schmidt, Magdeburg

Rudolf Schmidt, Leipzig

Annelies Schneider, Dresden

Erika Schober, Bln.-Mitte

Margit Schöntaube, Halberstadt

Helga Schumacher, Bln.-Hhsn.

Inge Schwarz, Rostock

Lotte Soika, Gera

Arndt Sperling, Bln.-Treptow

Christa Stolfig, Bln.-Hhsn.

Horst Strauß, Erkner

Helmut Strocka, Pdm.-West

Bruno Sudy, Greifswald

Herbert Tanke, Bln.-Köpenick

Rolf Taubert, Bln.-Fr'hai

Wolfgang Teschner, Bergen

Heinz Urban, Bln.-Fr'felde

Fridjoff Weidauer, Pdm.-West

Eberhard Weiss, Bln.-Fr'felde

Egon Werner, Bln.-Hhsn.

Heinz Wietze, Bln.-Hhsn.

Helmut Wojatschke, Ludwigslust

Helmut Wojtiniak, Bln.-Treptow

Ingeborg Wunderlich, Bln.-Köpenick

Prof. Dr. Horst Bischoff dankt für die vielen Glückwünsche, die er anlässlich seines 70. Geburtstages erhielt.

► Fortsetzung von Seite 3

Nur vor dem Hintergrund dieser konstanten Preise für die Grundbedürfnisse des Lebens sind alle Einkommen der Beiträger wie Stipendien, Löhne, Gehälter und Renten vor 1990 zu bewerten. Nur in diesem Zusammenhang ist verständlich, dass niedrige Einkommen und die ohne Bedarfssprüfung gewährte Mindestrente ein zwar beseidenes aber von Existenzangst freies Leben ermöglichte....

Nach dem Beitritt der DDR änderte sich alles. Als hätte es keinen Staatsvertrag, keine Angleichung des Rechts der DDR an das Rechtssystem der BRD und keinen Einigungsvertrag gegeben, erfolgte eine Entwertung der im Erwerbsleben der DDR erworbenen Ansprüche und Anwartschaften im Rentenrecht durch die sog. „Gesetzliche Novation“, mit der Folge der Enteignung rechtmäßig erworbener Ansprüche und Anwartschaften.

Die entscheidenden Ursachen für die falsche Bewertung der Erwerbsbiographien mit enteignender Wirkung sind:

■ Die Einkommen der DDR werden losgelöst von den Preisen, von der realen „zweite Lohntüte“ betrachtet.

■ Die in der BRD aufgrund der seit 1960 bestehenden hohen Inflationsrate (s. Rentenversicherungsbericht 2004 S. 91) notwendige Dynamisierung der Rente wird in der DDR vermisst, weil die „zweite Lohntüte“ als Teil einer komplexen Versorgung ignoriert wird.

■ Teile erworbener Ansprüche werden gekürzt oder gar nicht gewährt.

■ Wenn das 3-fache der DDR-Normalrente überschritten ist, wird pauschal unterstellt, dies Einkommen beruhe nicht auf Leistung, sondern auf Systemnähe.

■ Mitarbeitern des MfS/AfNS und hauptamtlichen Mitarbeitern des Staatsapparates wird ohne Nachweis persönlicher Schuld pauschal die Rente gekürzt.

■ Die Summe aller berücksichtigten Alterseinkommen wird einer Kappungsgrenze unterworfen. Die mit diesen enteignenden Einschritten behafteten Alterseinkommen, die in der GRV Ost zusammengefasst wurden, waren zum 01.07.1990 je Entgeltpunkt mit 30% des aktuellen Rentenwertes berechnet. Bis 2004 stieg der Wert des Al-

terseinkommens Ost auf 87,9% des aktuellen Rentenwertes. Der Begriff „Aktueller Rentenwert“ ist genau definiert: Das Durchschnittseinkommen aller Beschäftigten in einem Jahr ergibt 1 Entgeltpunkt (Eckrente). Für die Beiträger gibt es keinen „Aktuellen Rentenwert Ost“, der dieser Definition entspricht, da eben nicht in gleicher Weise das Durchschnittseinkommen aus dem Erwerbsleben in der DDR der Rentenberechnung zu Grunde gelegt wird.

Die Anhebung von 30% auf 87,8% sei doch eine großartige Leistung, hören wir aus Regierungskreisen.

Und wieder werden die Lebenshaltungskosten aus den Betrachtungen ausgespart. In der Zeit, in der die Renten noch dynamisiert wurden, fielen die Subventionen aus der DDR-Zeit weg und wir erleben Preisexplosionen....

Wie die Alterssicherungslage bei Berücksichtigung der betrieblichen Altersversorgung, der Beamtenversorgung, der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, der Altersversorgung der Landwirte und der Berufsständigen Versorgungswerke ist, zeigt der Alterssicherungsbericht 2005 treffend: Allein aus diesen Alterssicherungselementen erhalten die Männer der alten Länder den 1,63-fachen und die Frauen den 1,62-fachen Betrag (Berechnungen von Prof. Dr. Kaufmann, Jena). Dabei sind ihre Lebensversicherungen und Einnahmen aus Pacht/Miete und Ersparnisse aus selbst genutztem Wohnraum noch nicht berücksichtigt....

Werden die Bruttorenten der Zugangsrentner betrachtet, wird die Dramatik der Entwicklung deutlich:

Durchschnittlicher Rentenbetrag

	1992	2004
Männer	1205	889 €
Frauen	746	678 €

Unstrittig ist die Erkenntnis, dass die Folge aus allen bisherigen „Rentenreformen“ und der hohen Arbeitslosigkeit im Beitragsgebiet zu einem hohen Maß an Altersarmut führen wird...

So wird es künftig nötig, in Auswertung aller offiziellen Dokumente abgestimmt und mit deutlicher Darstellung des solidarischen Miteinander unsere Forderungen zu publizieren und vorzutragen und dabei die Gegenargumente nicht nur zu widerlegen, sondern als Ursache der Diskriminie-

zung anzugreifen und ihre Korrektur zum Gegenstand der Forderungen zu machen. Im Ergebnis sollte die Menschenrecht verletzende Wirkung der bestehenden Rechtspraxis herausgestellt werden. (Der volle Wortlaut beider Dokumente ist auf unserer Internetseite unter „Bei anderen gelesen“ abrufbar.)

Auf dem Büchermarkt:

Heinz Günther „Zwischen den Fronten“

Verlag am Park, Berlin 2006, 240 Seiten, 12,90 € Ein MfS-Offizier hat seine Erlebnisse in der Spionageabwehr der DDR aufgeschrieben. „Günther hat ein spannendes und lesenswertes Buch geschrieben, das möglicherweise auch die jüngere Generation anspricht und sie für ein Kapitel deutscher Geschichte interessiert“ rezensiert Gotthold Schramm in jW vom 24. Juli 2006.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

ALFRED BECKER, Bln.-Fr'hain

HANS CARLOSOHN, Bln.-Hhsn.

GÜNTHER DANKER, Pößneck

HELGA ERDMANN, Bernau

INGRID FATHKE, Bln.-Hhsn.

HANS FESSEL, Hasselfelde

HEINZ GEST, Bln.-Hellersdorf

SONJA GRELLMANN, Neuenhagen

MANFRED HAGEMANN, Oelsnitz/Landwust

PAUL HAGENDORF, Aschersleben

WERNER HAINKE, Bln.-Marzahn

WOLFGANG HEIN, Bln.-Fr'felde

FRITZ KRABAN, Bln.-Hhsn.

ALFRED HOFFMANN, Bernau

FRITZ LIESKE, Bln.-Li'berg

HILDEGARD LÜTH, Wismar

HELMUT MÖLLER, Suhl

KARL NESTLER, Leipzig

UDO PAMPEL, Artern

KLAUS PONNDORF, Bln.-Mitte

FRITZ SCHMELZER, Gera

ROLF TAMMENHAYN, Zittau

GERHARD VOGT, Ludwigslust

HERBERT VOIGT, Pdm.-Waldstadt

ELLI WAGNER, Chemnitz

PETER WILK, Schwerin

HEINZ WILKE, Gransee

PAUL ZEPEZAUER, Bln.-Fr'hain

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.07.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.08.2006

Einstellung im Internet: 08.09.2006

Auslieferung: 14.09.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Donnerstag 15 bis 18 Uhr